



Bürgerinitiative Ausländerstopp – Nachrichten

NÜRNBERG – Aktuelles aus Stadt und Rathaus – Ausgabe 1 / 2011
Nr. 35 – BIA-Nachrichten – Das deutsche Stadtblatt – für Volk und Heimat
Fax/Ruf: 09 11/64 61 76 Weltnetz: www.auslaenderstopp.de
ePost: info@auslaenderstopp.de

Sie kommen!

Ab 1. Mai volle Freizügigkeit

Ab 1. Mai dieses Jahres gilt die volle Freizügigkeit des Wohn- und Arbeitsplatzes in der EU.

Was in den Massenmedien, von den herrschenden Parteien und deren Politikern größtenteils aus Angst vor Protesten der einheimischen Bürger verschwiegen wird, ist nun eingetreten.

Alle drängen ins deutsche Sozialsystem

Nach einer Zeit mit Übergangsfristen steht ab 1. Mai der deutsche Arbeitsmarkt allen Bürgern aus den 24 EU-Staaten offen. Und auch hinsichtlich der Sozialleistungen gilt: Aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes darf ein EU-Bürger nicht anders als ein deutscher Staatsangehöriger behandelt werden.

Dies bezieht sich bei Arbeitnehmern sowohl auf die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen, als auch auf steuerliche und soziale Vergünstigungen.

Insbesondere Arbeitsuchende aus Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Slowenien und der Slowakei, die bisher mit den Übergangsfristen



ferngehalten wurden, werden auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen und die Sozialsysteme weiter belasten. Sämtliche herrschenden Parteien haben uns diese Wahnsinnsregelungen beschert, die deutschen Bürger müssen nunmehr die Folgen tragen. Wie viele aus den osteuropäischen Ländern kommen, ist zwar noch unklar, aber es werden Hunderttausende bis zu

einer Million Fremder sein. Diese werden ihr Glück in Deutschland suchen und sich hier dann als Lohndrücker, Arbeitsplatzkonkurrenten oder Sozialhilfempfeänger niederlassen.

19.000 nach Nürnberg?

In Nürnberg gibt es bis jetzt rund 6.500 Personen aus den genannten Ländern. In einer

Stadtratsvorlage wurden drei mögliche Szenarien für die zu erwartende Zuwanderung prognostiziert. Bei der mittleren Annahme wird sich diese Zahl auf bis zu rund 16.000 Personen mehr als verdoppeln. Es können jedoch in den nächsten Jahren auch bis zu 19.000 Ausländer aus Osteuropa kommen.

Fortsetzung Seite 3

Aus dem Stadtrat:

Antrag für eine „Finanztransaktionssteuer“

Grundsätzlich unterstützt die **BIA** die Forderung nach einer „Finanztransaktionssteuer“, wie es in dem dem Stadtrat vorliegenden Antrag verlangt wird.

Es ist allerdings auch leicht, heute so eine Forderung aufzustellen, wenn man weiß, daß diese sich europäisch oder gar weltweit nicht durchsetzen läßt. So rufen gerade auch die etablierten Versagerparteien jetzt nach so einer Steuer, die ursächlich für die Finanzkrise verantwortlich sind. Und diese Finanz- und Wirtschaftskrise ist keineswegs vorbei, wie man uns weismachen möchte, ganz im Gegenteil.

Gemäß der Begründung im Antrag will man die Armut üblicherweise mit den Erlösen der Steuer bekämpfen. Da muß man doch an dieser Stelle einmal erwähnen, wieviel Volksvermögen durch das ungebremst praktizierte Finanzgebaren auch von staatlichen Institutionen fortlaufend vernichtet wird.

232 Milliarden Steuergeld für die Aktionäre zweier Banken

Allein für die Hilfsmaßnahmen zur Rettung der Hypo Real Estate und der WestLB wurden 232,2 Milliarden Euro Steuergelder ausgegeben, also die Bürger mit zusätzlichen Schulden belastet. Die Schuldenlast der öffentlichen Haushalte stieg 2010 an wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik auf nunmehr fast zwei Billionen Euro insgesamt.

Davon entfallen rund 1,3 Milliarden Euro auf den Bund, 595 Milliarden Euro auf die Länder und 119 Milliarden Euro auf die Kommunen. Und es geht immer weiter. Als „Retter in der Not“ soll Deutschland immer weitere Milliarden Euro nach Europa zahlen.

Seite 2

Pleitegeier kreist bereits

Der Pleitegeier ist aber auch schon für uns in Sicht, wenn es so weitergeht. Im Vergleich mit den (zur vorgeblichen Bewältigung der Finanzkrise) bereits erbrachten finanziellen Leistungen der öffentlichen Hand in Deutschland wären Erlöse aus der – sowieso nicht durchzusetzenden – Finanztransaktionssteuer geradezu Almosen, mit denen man dann schon wieder die Welt retten will, wie es in der Antragsbegründung nachzulesen ist.

Brandstifter rufen nach der Feuerwehr

Wie gesagt rufen hier die Brandstifter nach der Feuerwehr, denn die Finanzkrise wurde durch eine „Entfesselung der Finanzmärkte“ durch die Politik der etablierten Parteien nach Kräften gefördert.

Die Liberalisierung des Finanzwesens war erklärtes Ziel der etablierten Politik seit bereits mindestens zwei Jahrzehnten. Seit vielen Jahren wurden Maßnahmen zur Deregulierung des Finanzmarktes beschlossen, ohne deren Auswirkungen wahrhaben zu wollen. Sowohl was abgeschaffte Kontrollmechanismen auf europäischer Ebene anbelangt, als auch nationale Entscheidungen, wie das „Investmentmodernisierungsgesetz“ vom Jahr 2004, wo zum Beispiel erstmals die hochspekulativen „Hedge-Fonds“ in Deutschland zugelassen wurden.

Und im Koalitionsvertrag der letzten Regierung von SPD und Union wurde die Einführung von „Real-Estate-Investment-Trusts“, also von spekulativen Börsenpapieren nach US-Vorbild, nachdrücklich als unterstützenswert bezeichnet.

Von dem unverantwortlichen Finanzgebaren der verschiedensten Landesbanken, insbesondere auch der BayernLB, gar nicht zu reden. Durch die Liberalisierung und Globalisierung auch des Finanzmarktes wurde unwiederbringlich ein gewaltiges Volksvermögen kaputt gemacht und deutsche Bürger wurden geschädigt. Da wäre die natürlich zu unterstützende Einführung einer Finanztransaktionssteuer nur ein ganz kleiner Trost. Stattdessen müßten nach Auffassung der **BIA** die Gewinne der Finanzströme dem Volk zugute kommen und nicht den internationalen Großbanken und Börsenspekulanten.

Es muß endlich damit Schluß sein, daß die Gewinne privatisiert und die Verluste der Allgemeinheit aufgebürdet werden.

Wir brauchen eine raumorientierte Volkswirtschaft, die für die Menschen da ist und



Ralf Ollert

© Foto: privat

nicht für das internationale Finanzkapital. Der Staat muß durch seine legitimierten Institutionen die Finanzströme durch geeignete Kontrollmaßnahmen regeln und Mißbrauch verhindern. Auch hier haben die herrschenden Parteien kläglich versagt!

Ralf Ollert, BIA-Stadtrat

An unsere Leser:

Möchten Sie die Einladungen und Informationen der **BIA-Nachrichten** regelmäßig per Post erhalten?

Dann lassen Sie sich als Anhänger registrieren.

Schreiben Sie an:

Stadtrat Ralf Ollert

Postfach 610241,
90222 Nürnberg.

Erscheinungsvermerk
Anschrift Herausgeber
und Verlag:

Ralf Ollert
Postfach 61 02 41
90222 Nürnberg

Satz und Druck: E.i.S.

Nächste Ausgabe: bis zum 30.06.2011

In Ausnahmefällen kann es vorkommen, daß die Inhaber von Bildrechten nicht festgestellt werden konnten. Sofern diesbezüglich rechtmäßige Ansprüche geltend gemacht werden, erklärt sich der Verlag bereit, die üblichen Honorare zu zahlen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen.

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Stadtrat Ralf Ollert, c/o Rathaus, Fünferplatz, 90403 Nürnberg

Ruf/Ferndruck: 09 11 / 64 61 76 // ePost: ollert@imail.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge verantwortet der jeweilige Verfasser selbst.

Nürnberg

Bedrohung wächst

Fortsetzung von Seite 1

Und das bei einem Arbeitsmarkt, der – entgegen der Propaganda eines angeblichen Aufschwungs – schon lange nicht mehr aufnahmefähig ist. Fest steht, daß es in Nürnberg nach wie vor über acht Prozent Arbeitslosigkeit gibt.

Über 23.000 arbeitsuchenden Bürgern stehen knapp 3.000 offene Stellen gegenüber. Dies zeigt, daß mitnichten jeder einen Arbeitsplatz findet, der auch wirklich arbeiten will.

Stark angestiegen sind dabei die schlecht bezahlten Minijobs und die ausbeuterische Leiharbeit. Gesucht sind weiter Hochqualifizierte, während die eher „einfachen“ Tätigkeiten weniger werden. In der genannten Stadtratsvorlage ist deshalb als Ziel genannt, den Zuzug von beruflich qualifizierten Ausländern zu fördern. Das ist weltfremd, da aller Erfahrung nach fast ausschließlich die Unterprivilegierten aus dem Ausland kommen. Diese werden hier die Konkurrenzsituation im Niedriglohnbereich weiter verschärfen und unser Sozialsystem strapazieren und ausnutzen.

Deutsche konkurrieren mit billigen Osteuropa-Löhnen

Besonders schlimm: Osteuropäische Zeitarbeitsfirmen können ihre Beschäftigten zu den Konditionen ihres Heimatlandes „vermieten“, das sind

oftmals Stundenlöhne von nur drei Euro.

Doch damit nicht genug! Wenn jetzt auch noch Hunderttausende von Flüchtlingen aus Nordafrika zu uns kommen, was sich bereits abzeichnet, und in unsere Sozialsysteme einwandern, dann geht hier bald gar nichts mehr!

Alles das wurde bei den letzten Landtagswahlen von den etablierten Parteien verschwiegen. Und es wird weiter verschwiegen – bis es zu spät ist.

Die Katastrophe in Japan, die zu Konsequenzen führen muß, ist schrecklich, aber weit weg.

Bedrohung des deutschen Volkes aktueller als je zuvor

Die Bedrohung unseres Volkes und Landes ist aber vor Ort und aktueller als je zuvor. Eine unverantwortliche Politik droht alles das zu zerstören, was Generationen von Deutschen hier aufgebaut haben.

Deshalb müssen alle Deutschen, die es auch in Zukunft noch bleiben und ihre Heimat erhalten wollen, gegen diese Entwicklung Widerstand leisten und volkstreu Nationaldemokraten wählen. In der Nürnberger Kommunalpolitik ist die überparteiliche BIA die deutsche Kraft im Stadtrat, die unsere einheimischen Bürger vertritt!

**Ralf Ollert, Stadtrat,
Sprecher der BIA**

Keine Straßenbahn in der Pillenreuther Straße!

Gleich einem „Schildbürgerstreich“ will die Stadt Nürnberg die Straßenbahnlinie 8 auf einer neuen Streckenführung durch die Pillenreuther Straße leiten, obwohl auf der gleichen Route bereits die U-Bahn fährt. Dafür werden Millionen (T)Euro Steuergelder aufgewendet, die jeder Bürger bezahlen muß. Da es eine Parallelstrecke mit der bereits vorhandenen U-Bahn ist, gibt es hierfür auch keine Zuschüsse von Bund und Land.

Die im Stadtrat vertretene Wählergruppe „**Bürgerinitiative Ausländerstopp**“, die es sich themenübergreifend zur Aufgabe gemacht hat, die Interessen der Bürger zu vertreten, hat jetzt folgenden Alternativvorschlag beantragt:

Prüfung folgender neuen Streckenführung für die Linie 8, in Abstimmung mit der VAG, als Alternative zur geplanten Trassenführung durch die Pillenreuther Straße:

HBF - Celtistunnel, dann 90-Grad Abbiegung - HBF Süd (neue Haltestelle) - durch die Grünanlage - neue Haltestelle: Verkehrsmuseum/Schauspielhaus (vor dem Tafelfeldtunnel Südseite), dann durch die Tafelfeldstraße und Anbindung an die Bestandsstrecke an der Christuskirche.

Begründung:

Die Vorteile gegenüber der bisherigen Planung: Förderung ist möglich, da keine Parallelstrecke mit der U-Bahn, keine so große Behinderung des Individualverkehrs wie auf der Pillenreuther Straße, Respektierung der Ablehnung der bisherigen Pläne durch die Anwohner, Anbindung des Schauspielhauses und weiterer öffentlicher Einrichtungen am Richard-Wagner-



BIA-Stadtrat Sebastian Schmaus: „Der BIA-Vorschlag erspart Millionen an Steuergeldern und ist noch dazu schneller und wirtschaftlicher. Ich bin gespannt, ob die Stadt darauf eingeht oder den Vorschlag nur deshalb trotzig ablehnt, weil er von der BIA kommt. In dem Fall sollten aber die Kosten für diesen Trotz die Verantwortlichen aus eigener Tasche zahlen, statt dies den Bürgern aufzuhalsen!“

© Foto: privat

Platz, die Einfädelung an der Christuskirche ist unkomplizierter als am Aufseßplatz, die Schleife Christuskirche kann für Streckenverkürzungen/Umlenkungen mitbenutzt werden und diese neue Streckenführung wäre schneller und damit noch wirtschaftlicher.

Die verschiedenen Interessen wären somit besser berücksichtigt.

Die BIA ist überzeugt, hier einen Vorschlag eingebracht zu haben, der auch die Zustimmung der Bürger und der VAG finden kann.

Ralf Ollert, Sprecher der Stadtratsgruppe der BIA

**Sebastian Schmaus, Stadtrat
Seite 3**

Stadtrats-Sitzungen 2011

Jeweils mittwochs um 15 Uhr:

13.4./11.5./8.6.7.13.7./21.9./19.10./14.12.

Haushaltsberatungen: Do., 17.11., ab 9 Uhr

Besuchen Sie die öffentlichen Sitzungen des Nürnberger Stadtrates – im Rathaus am Fünferplatz!

BIA NÜRNBERG – ...die deutsche Kraft im Stadtrat.

Sozial
geht nur
national

www.auslaenderstopp.de



Jetzt doch:

Steuergelder für „Multi-Kulti-Garten“

Wenn es um „Multi-Kulti“ geht, muß in Nürnberg selbst der Umweltschutz zurückstehen: In der Sitzung im Februar wurde im Stadtrat bekanntgegeben, daß es eine sogenannte dringliche Anordnung von OB Maly gibt, zu Lasten des Budgets des Umweltreferates eine Summe von 15.000 Euro für den zu schaffenden „Interkulturellen Garten“ in Langwasser zur Verfügung zu stellen!

Dies erfolgte selbstverständlich gegen den Protest der BIA in der Stadtratssitzung. Allerdings gab es nicht einmal eine Abstimmung darüber!

Während man bisher immer wieder versicherte, der „Garten“ würde sich ausschließlich durch Spenden finanzieren, sieht es jetzt auf einmal ganz anders aus. Wobei auch bisher zwar keine Barmittel der Stadt flossen, aber verschiedene städtische Ämter geldwerte Leistungen für die Planung erbrachten.

Man darf gespannt sein, wieviel Steuergelder dafür noch aufgebracht werden müssen, nachdem das Interesse potentieller Förderer auf Übernahme von ca. 70.000 Euro offensichtlich weiter gegen Null tendiert.

Inzwischen wurde bekannt, daß Anwohner rechtliche Schritte gegen den Bau des „Gartens“ eingelegt haben.

Ob dies zu einer Verzögerung bei der Errichtung führen wird, ist bei Redaktionsschluß dieser Zeitung noch nicht bekannt.

Jedenfalls wird dieses Multikulti-Projekt weiterhin von allen Parteien im Nürnberger Stadtrat – außer der BIA – geradezu fanatisch und mit einer ausgeprägten ideologischen Verbohrtheit gegen die überwältigende Mehrheit der betroffenen Anwohner gefördert.

Es mutet wie ein schlechter Witz an, daß durch ein gemeinsames Gärtnern auf rund 1.000 qm (in jeweiligen Einheiten von 20-25 qm) mitten in einem Wohngebiet – von bis zu 30 Nationen – die Integration von Ausländern in Nürnberg gefördert werden soll. Und das auf dem Rücken der Anwohner!

Die Wählergruppe **Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)** wird deshalb auch weiterhin den Widerstand gegen dieses Wahnsinnsprojekt innerhalb und außerhalb des Stadtrates unterstützen und damit die Interessen der Anwohner vertreten.



Die BIA unterstützt den Protest der Bürger mit Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Stadtrates. © Foto: BIA

Zahl der Asylanten steigt sprunghaft an!

Die Zahl der Asylbewerber in Bayern wird 2011 massiv ansteigen. Dies geht aus einem Bericht des bayerischen Sozialministeriums hervor. Die Behörde rechnet mit einem Antragsplus von bis zu 65 Prozent. 2010 dürften rund 6.000 Asylbewerber einen entsprechenden Antrag gestellt haben, im Jahr zuvor waren es mit 4.200 Personen noch ein Drittel weniger. Vor allem die Zahl der Bewerber aus den Balkanländern wird in den nächsten Monaten ansteigen, nachdem die EU die Visapflicht für Bosnien und Albanien abgeschafft hat. Als Ende 2009 die Visapflicht für Serbien und Mazedonien gefallen war, hatten in den Folgemonaten Tausende aus diesen Ländern Asylanträge gestellt. Während sich manche

als verfolgte Roma ausgaben, geben andere offen wirtschaftliche Gründe als Motiv für die Zuwanderung an. Inzwischen platzen die Asylantenlager aus allen Nähten. So will der Freistaat bis Herbst dieses Jahres eine dritte Erstaufnahme-Einrichtung eröffnen. Zudem will das Sozialministerium 2011 rund 24 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen.

Wie bekannt, werden zwar die wenigsten Asylanträge anerkannt, aber die Asylanten dann nicht konsequent abgeschoben. Inzwischen regt sich der Widerstand gegen die Einrichtung von neuen Asylantenheimen, wie in Ebersdorf bei Coburg. Mancher Beobachter fragt sich, wann die Bürger überall aufwachen und volksfeindliche Politiker abwählen.

Schauen Sie öfter mal rein:
www.auslaenderstopp.de